

Indiens neue Nukleardoktrin

Bernd Basting

Indien hat im Januar seine neue Nukleardoktrin verabschiedet. Sie impliziert zwei signifikante Veränderungen der bis dato propagierten Strategie: einmal im Hinblick auf die strategische Agenda als solcher sowie auch auf die Bedrohungsperzeption.

Logik der eskalierenden Abschreckung

Die Verabschiedung der neuen Atomdoktrin und ihre inhaltlichen Akzentverschiebungen markieren eine deutliche Positionierung gegenüber dem Erzfeind Pakistan sowie eine Absage an dessen Konzept des *low-intensity war*, eines begrenzten Krieges. Damit scheinen sich die Falken innerhalb der dominierenden Regierungspartei *BJP* durchgesetzt zu haben, die seit Jahren daran arbeiten, den indo-pakistanischen Territorialkonflikt um Kashmir zu ideologisieren, ihn propagandistisch in einen religiös-nationalistischen Kontext zu ziehen. Ermutigt noch durch den Beitritt Indiens zur von den USA initiierten internationalen Antiterrorismuskolalition, wird dem *Jihad*-Islamismus ein aggressiver Hindunationalismus entgegengesetzt, der mit den Atomtests im Mai 1998 ein neues, militärtechnologisch-nuklear gestütztes Selbstbewußtsein ausgeprägt hat. Am 9. Januar diesen Jahres erfolgte der erfolgreiche Test einer *Agni-I*-Rakete, die eine Reichweite von 800 Kilometer besitzt und jeden geographischen Punkt in Pakistan erreichen kann. All dies geschieht ohne einen reflektierten strategisch-politischen Entwurf, ohne eine *Grand Strategy*. An deren Stelle ist eine nationalistische, anti-islamistische Ideologie der Hauptantriebsfaktor der nuklearen Aufrüstung und der Verschärfung der Nukleardoktrin. Das bestätigt die Haltung des Hauptverfassers derselben - K. Subrahmanyam: „Bei der Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan handelt es sich um einen ideologischen Krieg zwischen einem demokratisch-multi-

kulturellen und einem autoritär-religiösen Staatsverständnis, der sich einer Vermittlung von außen entzieht.“

Man folgt nun der Logik der *eskalierenden Abschreckung*, bei der Delhi die „Eskalations-Dominanz“ in seinen Händen zu halten sucht. Dazu paßt der Kauf strategischer Bomber, atombetriebener U-Boote und Marschflugkörper von Rußland im Wert von drei Milliarden Dollar im Januar diesen Jahres.

Südasiens als „gefährlichster Ort der Welt“

Die Formalisierung der neuen Nuklearstrategie vollzog sich ohne öffentliche Debatte. Die Regierung Vajpayee verweist dabei auf die Drohung Islamabads, einen konventionellen Krieg mit Indien zu einem nuklearen eskalieren zu lassen, was rasches Handeln erfordert habe. Denn Pakistans Präsident Musharraf hatte zu Jahresbeginn öffentlich erklärt, er hätte in der Krise von 2002 bei einem Angriff Indiens nicht gezögert, „nicht-konventionelle Mittel“ einzusetzen.

Verteidigungsminister Fernandez konterte seinerseits: „Falls Islamabad Atomwaffen gegen Indien einsetzt, wird von Pakistan nichts mehr übrigbleiben.“

Im Juni des letzten Jahres konnte ein indo-pakistanischer Krieg durch Intervention der USA noch einmal verhindert werden. In 2000 hatte der damalige US-Präsident Bill Clinton Südasiens als den „gefährlichsten Ort der Welt“ bezeichnet. Mit der neuen indischen Nuklear-Doktrin ist die Sicherheitslage auf dem Subkontinent noch prekärer geworden. **D**

Bisher schloß Delhi einen atomaren Erstschlag kategorisch aus. Die konsequente Zweitschlagstrategie wurde jetzt jedoch relativiert. Der Angriff eines anderen Staates mit biologischen oder chemischen Waffen gilt nun als *casus belli*, in dem Indien sich vorbehält, Atomwaffen einzusetzen. Ein Nuklearschlag gegen Nichtatomstaaten wird indes weiterhin ausgeschlossen. Zum anderen gilt nun nicht mehr länger China als Hauptfeind und potentieller Gegner, sondern Pakistan.

Die Doktrin formuliert zudem die Befehlsstrukturen im Fall eines Atomwaffeneinsatzes: Die zivilen Instanzen haben das Entscheidungsmonopol über Einsatz und Verwendung von Nuklearwaffen inne (Militärs sind ausgeschlossen). Es findet ein Autoritätstransfer von der *Nuclear Command Authority (NCA)* zu einem *Political Council* statt, dem der Premierminister (Vorsitz) sowie die Minister für Äußeres, Inneres, Verteidigung und Finanzen angehören. Dem Politischen Rat untergeordnet ist ein sogenannter *Executive Council*, dem der Staatssekretär im Premierministeramt vorsitzt. Ihm gehören der Direktor der Atomenergiebehörde, der Organisation für Waffenentwicklung und die Oberkommandierenden der Streitkräfte an. Die Nuklearstreitkräfte von Heer, Marine und Luftwaffe werden unter einem *Strategic Forces Command* vereint und eine voll ausgebildete Zweitschlagkapazität angestrebt.